

---

**PROF. DR. IUR. AXEL SAIPA, LL.M.  
(UNIV. CALIF., USA)**

**Regierungspräsident a. D.**

Die Bitte des Dekans der Fakultät Recht an mich, ein Grußwort zum 20. Jubiläum der juristischen Ausbildung an der Ostfalia in Wolfenbüttel zu schreiben, hat bei mir Freude und biographische Impulse ausgelöst. Als Regierungspräsident der Bezirksregierung des schönen, mit viel Kultur, Wissenschaft und Industrie versehenen, aber 2004 mit den anderen drei niedersächsischen Regierungsbezirken aufgelösten Regierungsbezirks Braunschweig hatte ich schon gleich nach meinem Amtsantritt 1998 Kontakt zur damaligen Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, die nun schon 50 Jahre einer bemerkenswerten Entwicklung von der Ingenieurakademie zur Hochschule für angewandte Wissenschaften vorweisen kann.

Neben der kulturellen Zusammenarbeit mit den Museen und dem Staatstheater, für die der Regierungspräsident als allgemeiner Vertreter der Landesregierung im Bezirk unter anderem zuständig war, bot sich für mich als Jurist ein interessanter Kontakt zur (späteren) Ostfalia durch die 2000 geschaffene Rechtsfakultät, weil es an der Technischen Universität Braunschweig (TU) keine gab, der 2002 zu einem Lehrauftrag für mich im Wirtschaftsverwaltungsrecht führte. Und der eröffnete die Chance, im Sinne der Fachhochschul-Philosophie in der Lehrveranstaltung angewandte Wissenschaft zu betreiben. Als langjähriger kommunaler Hauptverwaltungsbeamter auf Stadt- und Kreisebene (Stadt Lehrte, Landkreis Goslar) und im Staatsdienst am Anfang und am Ende meiner Laufbahn (Justizministerium, Bezirksregierungen Hannover und Braunschweig) hatte ich seit vielen Jahren in der öffentlichen Verwaltung Verwaltungsakte, Verordnungs- und Satzungsgebung, Planfeststellungs-

verfahren und Vertragsverhandlungen betrieben. Die Zusammenarbeit mit der Ostfalia wurde dadurch intensiver: In einer Publikation von Professor Reza Asghari 2005 konnte ich über „Elektronische Verwaltung – Rechts- und Verwaltungsorganisationsfragen bei der Implementierung“ schreiben. Am 19. April 2005 berichtete die Braunschweiger Zeitung über die Gründungsveranstaltung der ersten E-Government-Academy, bei der ich die Hoffnung auf „elektronische Rathäuser“ äußerte. Leider ist dieses Projekt zurzeit nicht mehr aktuell. Diesen und die anderen biographischen Rückblicke konnte ich meinem gut gefüllten Archiv entnehmen, in dem ich auch dies fand: Die Wolfenbütteler und die Goslarsche Zeitung berichteten im Januar 2003 über Professor Gerd Winners geplanten „Turm der Technik“, der mich begeistert hatte und den Sie täglich sehen, und meldeten, der Regierungspräsident habe dem damaligen Hochschulpräsidenten Wolf-Rüdiger Umbach einen Zuwendungsbescheid über 100.000 Euro überreicht, die aus dem Braunschweigischen Kloster- und Studienfonds stammten. Wenn ich hier, meine Damen und Herren, ein bisschen intensiv über den Job als „RP“ jubele, ist das eben auch der biographische Impuls, der durch Ihr Jubiläum ausgelöst wurde, der aber auch im Rückblick in einem „obiter dictum“ dazu reizt, die Abschaffung der Bezirksregierungen als veraltungspolitisch nicht gelungen zu bezeichnen, wenn ich daran denke, was man alles aus dieser Behörde heraus bewirken konnte, ohne zum Beispiel für Fachhochschulen im engeren Sinne zuständig zu sein. Aber natürlich kann man auch etwas ganz persönlich machen. So finde ich in meinem biografischen Archiv die Meldung vom April 2005 im Wolfenbütteler Schaufenster und im Wolfenbütteler Anzeiger über die Diplomfeier mit 67 Absolvent\*innen, bei der ich meinen 500-Euro-Fakultätspreis überreicht hatte. Der damalige Dekan Pro-

fessor Winfried Huck sagte gleichsam als Grundsatz der Fachhochschulausbildung, die Verzahnung von Praxis, Forschung und Lehre sei der Garant für späteren beruflichen Erfolg. Bei der Abschlussfeier 2006 (siehe Wolfenbütteler Anzeiger 22.04.2006) für 56 Diplomiertere konnte ich mit Interesse vom damaligen Bürgermeister Axel Gummert, an die Absolvent\*innen gewandt, hören, „sie haben Schlüsselqualifikationen vermittelt bekommen, mit denen sie den heutigen Stellenanforderungen gerecht werden“. Die Abschlüsse haben sich verändert, es gibt keine Diplome mehr. Ich glaube aber, dass man hier darüber nicht so traurig ist, wie ich es aus meiner Tätigkeit an der Technische Universität (TU) Clausthal kenne, wo man den Diplomingenieur durchaus gern noch hätte. Der LL.B. ist doch ein eindrucksvoller Hochschulabschluss. Der heutige Lehrerfolg hier an der Ostfalia rechtfertigt den didaktischen und programmatischen Einsatz, und Bachelor und Master haben eben die internationale Verständlichkeit für sich und eröffnen dadurch auch den Berufszugang.

Da ich in diesen Zeilen biografisch geworden bin, um meine Verbindung zur Ostfalia zu dokumentieren, muss ich aus Gründen der Vollständigkeit natürlich noch eine politisch-historische Aktion schildern, die schon lange zurückliegt. In meiner Zeit als Oberkreisdirektor in Goslar und Lehrbeauftragter an der TU Clausthal gab es immer wieder Diskussionen darüber, dass die schöne alte Reichsstadt neben den Schulen kein Angebot im tertiären Bildungssektor hatte. Ich war sehr daran interessiert, im Landkreis Goslar neben Clausthal ein weiteres tertiäres Bildungsangebot zu haben. Von Braunschweig aus konnte ich ein solches Projekt fördern. Wenn ich bei der Ostfalia war wegen meiner Vorlesung oder bei Gesprächen zum E-Government, hatte ich die Bereitschaft zur Verlagerung des Fach-

bereiches schon einmal ausgelotet. Euphoriker einer Hochschulgründung neben Clausthal wurden gebremst von Realisten, aber 2002 gründete sich in Goslar ein Verein zur Förderung des Planes, den Fachbereich Recht aus Wolfenbüttel nach Goslar zu verlagern. Ich war Befürworter des Planes, weil Stadt und Landkreis durch ein weiteres tertiäres Bildungsangebot eine – ich sage einmal – „Aufwertung“ erfahren hätten und Studierende und Lehrende hätten sich in Goslar wohlfühlen können. Ich wurde deshalb auch sofort Gründungsmitglied des Vereins in Goslar und hielt als Regierungspräsident die Verbindung zur Landesregierung. Nicht alle in Wolfenbüttel waren von dem Plan begeistert, aber man hätte ihn wohl durchsetzen können. Deshalb sprach der damalige Landrat Peter Kopischke in Goslar im Januar 2003 beim Neujahrsempfang auch schon von der „Einrichtung einer Fachhochschule als einem großen Schritt nach vorn“ (siehe Goslarer Zeitung 09.01.2003). Die Verlagerung eines Hochschulteils hätte aber landespolitisch und wohl auch mit dem Bund abgestimmt werden müssen. Das jedoch klappte nach meiner Erinnerung vor der Landtagswahl im Februar 2003 nicht mehr, obwohl der damalige Ministerpräsident Sigmar Gabriel natürlich ein Fan eines „Fachbereiches Recht in Goslar“ war. Sein Nachfolger Christian Wulff hat die Sache dann nicht weiterverfolgt und mit meiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand durch die neue Regierung war ich auch nicht mehr im Geschäft.

Meine Verbindung zur Hochschule Ostfalia war für mich eine sehr, sehr interessante Zeit. Manche Eindrücke aus meinem postgradualen Studium für den Master of Laws im kalifornischen Berkeley verschärften den Blick für „angewandte Rechtswissenschaft“, und als ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland als Vorsitzender des Niedersächsischen Referendar-

verbandes ab Anfang der 70er Jahre in die Diskussion um die Modernisierung der Juristenausbildung eingestiegen war, konnte ich von einer alternativen juristischen Ausbildung ab 2000 einer Fachhochschule noch nichts wissen. Der Kampf um die Modernisierung der Juristenausbildungsverordnung des Landes, um die Experimentierklausel im Deutschen Richtergesetz des Bundes, die ideologische Debatte um die einphasige Juristenausbildung an der neuen Fakultät der Leibniz Universität in Hannover, bei der politische Kräfte die Sorge hatten, die „Einphasigen“ würden „Sozialingenieure“ werden, war bemerkenswert, vor allem auch in seiner stark traditionellen Ausrichtung. Was war zum Beispiel falsch daran, praktische Phasen der Ausbildung in das Studium zu verlagern, um frühzeitig einen Eindruck von juristischen Tätigkeiten zu vermitteln und so die „drop-out-Quote“ zu verringern? Übrigens – um noch einmal auf die USA zurückzukommen – es gibt durchaus Parallelen zwischen der hiesigen juristischen Fachhochschulausbildung und der juristischen Ausbildung an einer Law School. Mit einem Bachelor oder Master kann man viel anfangen,

aber um Rechtsanwalt zu werden und aus diesem Berufsstand heraus zum Richter oder Staatsanwalt ernannt oder gewählt zu werden, muss man das „bar examination“ vor der Anwaltskammer schaffen. Im Studium an der Brunswick European Law School selbst gab es, um den Begriff noch einmal zu verwenden, mehr angewandte Juristerei zum Beispiel in den „moot courts“, also simulierten Gerichtsverhandlungen, die inzwischen auch hier in der Ausbildung angeboten werden, oder die Simulation von Verhandlungen in „committees“ oder „negotiations“.

Nach soviel Rückblick und Einblick bedarf es natürlich eines Vorausblicks. Der soll darin bestehen, dass ich der Fakultät Recht der Ostfalia und der Brunswick European Law School (BELS) hier in der schönen Residenzstadt Wolfenbüttel, ihren Studierenden und Lehrenden, allen sonstigen Mitarbeiter\*innen alles Gute im Studium, bei der Fortentwicklung der Curricula und letztlich bei der Suche nach einer adäquaten beruflichen Herausforderung wünsche. Bleiben Sie alle gesund, motiviert und erfolgreich.

